

Rettungsschirme für die Großen, „Knirpse für die Knirpse“

OB-Wahl: Diskussionsrunde zur Sozialpolitik stieß auf großes Interesse

Kiel – „Brennpunkt Soziales“ hieß der Titel einer Diskussionsrunde mit den Bewerbern um das Kieler Oberbürgermeisteramt. Wie sehr das Thema vielen unter den Nägeln brennt, war an der großen Besucherzahl in der Nikolaikirche zu erkennen. Ob Armut, Arbeitslosigkeit oder fehlende Chancen für Kinder – die Bewerber, Amtsinhaberinnen Angelika Volquartz (CDU), Torsten Albig (SPD) und Raju Sharma (Linke) –

waren sich in vielen Punkten einig: Es müsse mehr für Benachteiligte getan werden.

Eingeladen hatte die Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände. Deren Sprecher Nahmen Roeffs erkannte zwar an, dass die Stadt drei Viertel ihres Haushalts für den Sozialbereich ausgibt, doch „keine Gruppe und kein Stadtteil darf ins Abseits geraten“.

In Kiel aber beginnt sich die Spaltung zwischen Arm und Reich bereits zu verfestigen. stellte Albig angesichts der überdurchschnittlich hohen Zahl von 10000 Langzeitarbeitslosen fest. Um dieser für ihn erschreckenden Entwick-

lung entgegenzutreten, fordert Kiels ehemaliger Kämmerer, zu Lasten des Haushalts noch mehr Geld als bisher in die Hand zu nehmen, um in Bildung und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche zu investieren, zum Beispiel durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, mehr Ganztagsangebote und Unterstützung von Jugendeinrichtungen. Damit vermeidet die Stadt seiner Ansicht nach langfristig höhere Sozialkosten, mahnte er Versäumnisse der Stadt bei der Umsetzung von Maßnahmen an.

Für die Oberbürgermeisterin liegt ebenfalls in der Bildung der Schlüssel für die Zu-

kunft: Qualifizierungsmaßnahmen, Ausbau der Betreuung in Krippen und Kitas und der Schulsozialarbeit – die Stadt tue bereits viel. Doch die Kinderbetreuung müsse bis 19 Uhr angeboten werden, kündigte sie eine entsprechende Initiative der Verwaltung: „Das hilft vor allem den Alleinerziehenden“. Auch die Wirtschaftspolitik helfe durch Schaffung von Arbeitsplätzen, das Armutsrisiko zu senken, verwies sie in ihrer Rolle als Wirtschaftsdezernentin auf 4000 neu sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze durch Ansiedlungen. Sharma schlug wie auch schon Albig Sozialtickets vor,

nicht nur für städtische Busse, sondern auch für Einrichtungen wie Museen und Bäder. Für ihn ist die verfehlte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes die Ursache für die wachsende Zahl armer Kinder: Wenn man schon milliardenschwere Schutzschirme für Banken aufspanne, müsse es auch „Knirpse für die Knirpse“ geben, forderte er.

Dass viele Probleme wegen gesetzlicher Vorgaben gar nicht auf kommunaler Ebene zu lösen sind, darin stimmten die Kandidaten ebenso überein wie in dem Ziel, die Chancen auf Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu

verbessern. Aus dem Publikum waren nach der sachlichen Diskussion nur selten Zwischenrufe zu hören. Dafür wurden die Kandidaten nach ihren Stellungnahmen mit einer Vielzahl von Fragen von Ein-Euro-Jobs bis zum Ehrenamt bombardiert. Die Antworten fielen oft einmütig aus: So wollen sich alle drei für ein Ausstiegsprogramm für Prostituierte stark machen ebenso wie für eine Aufnahme des Feriendorfs Falckenstein in das Konjunkturprogramm II. mad

Kiel TV sendet die Aufzeichnung der Diskussionsrunde am 9. März um 13 und 20 Uhr.